

**LANDKREIS**  
**Teltow-Fläming**  
**Entwurf**  
**Haushaltsplan 2008**

Nr. 3-1168/07-I

**Entwurf**  
**HAUSHALTSPLAN**  
**des**  
**Landkreises Teltow-Fläming**  
**für das Haushaltsjahr**  
**2008**

Entwurf aufgestellt  
am 05.12.2007

Kämmerin

Entwurf festgestellt  
am 05.12.2007

Landrat

## Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
		<b><u>Vermögenshaushalt</u></b>	
Kreiskarte und statistische Angaben	3	0 - Allgemeine Verwaltung	283
		1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	287
Haushaltssatzung	4	2 - Schulen	292
		3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	310
Vorbericht	6	4 - Soziale Sicherung	318
		5 - Gesundheit, Sport, Erholung	321
<b><u>Gesamtplan</u></b>		6 - Bau- u. Wohnungswesen, Verkehr	323
1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben		7 - Öffentl. Einricht., Wirtschaftsförderung	332
Verpflichtungsermächtigung	52	8 - Wirtschaftliche Betätigung	337
2. Haushaltsquerschnitt	53	9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	342
3. Gruppierungsübersicht	59		
4. Finanzierungsübersicht	70		
		<b><u>Anlagen</u></b>	
<b><u>Verwaltungshaushalt</u></b>		Stellenplan	349
0 - Allgemeine Verwaltung	73	Finanzplan	369
1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	100	Investitionsprogramm	379
2 - Schulen	122		
3 - Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	158		
4 - Soziale Sicherung	176		
5 - Gesundheit, Sport, Erholung	238		
6 - Bau- u. Wohnungswesen, Verkehr	247		
7 - Öffentl. Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	261		
8 - Wirtschaftl. Betätigung	272		
9 - Allgemeine Finanzwirtschaft	275		

**Haushaltssatzung**  
**des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2008**

Aufgrund des § 76 ff der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg i. V. m. § 63 Abs. 1 LkrO wird nach Beschluss des Kreistages folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 wird

1.	im Verwaltungshaushalt	
	in der Einnahme auf	163.819.700 €
	in der Ausgabe auf	173.638.800 €
2.	im Vermögenshaushalt	
	in der Einnahme auf	16.926.200 €
	in der Ausgabe auf	16.926.200 €

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite auf	0 €
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 €
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	36.000.000 €

### § 3

Der Hebesatz der Kreisumlage wird auf 45 v. H. der für das Haushaltsjahr 2008 geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. Die Kreisumlage ist in monatlichen Teilbeträgen bis 15. eines jeden Monats fällig.

### § 4

Über- und außerplanmäßige Ausgaben, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 63 Abs. 1 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 81 der Gemeindeordnung erheblich, wenn sie im Einzelfall mindestens 60.000 € und mehr als 50 v. H. des Ansatzes betragen. Darunter liegende Beträge sind als geringfügig anzusehen.

Über die Leistung über- und außerplanmäßiger Ausgaben bis zur Höhe von 35.000 € entscheidet die Kämmerin und im Übrigen der Landrat, so weit nicht nach der Hauptsatzung der Kreisausschuss oder der Kreistag zuständig ist.

Für zusätzliche Zuweisungen vom Bund oder Land kann der über- und außerplanmäßigen Ausgabe in voller Höhe vom Landrat oder von der Kämmerin zugestimmt werden.

### § 5

Treten gemäß § 79 GO Bbg Mehrausgaben auf, ist eine Nachtragssatzung zu erlassen. Als erheblich i. S. d. § 79 Abs. 2 Nr. 2 GO sind Mehrausgaben dann, wenn sie im Einzelfall 5 v. H. des Gesamtvolumens des laufenden Haushaltsjahres überschreiten. Aufgrund des § 79 Abs. 2 Nr. 1 und 3 GO sind Ausgaben erheblich, wenn sie im Einzelfall mindestens 200.000 € betragen.

Luckenwalde,

Landrat

**Vorbericht**  
**zum Haushaltsplan des Landkreises Teltow-Fläming für das Haushaltsjahr 2008**

A <u>Vorbericht gem. § 3 GemHV</u>	Seite		Seite
1. Allgemeine Ausführungen	7		
2. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben	8	15. Übersicht über die Beteiligungen an Gesellschaften	37
2.1 Gesamtvolumen des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes	8	16. Übersicht über die Schulen, Schülerzahlen und Personalkosten nach Unterabschnitten	38
2.2 Einnahmen des Verwaltungshaushaltes	12	17. Darstellung der im Haushaltsplan geplanten Investitionen u. Investitionsförderungsmaßnahmen	39
2.3 Ausgewählte Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	15		
3. Entwicklung der Zuführung zum Vermögenshaushalt	19	B <u>Erläuterungen gem. § 14 GemHV</u>	
4. Überblick über die Zusammensetzung des Vermögenshaushaltes	20	1. Erhebliche Abweichungen bei größeren Einnahme- u. Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes	40
4.1. Eigene Investitionen	21	2. Erläuterungen neuer Maßnahmen des Vermögenshaushaltes	40
4.2 Investitionen in sonstigen Bereichen	22	3. Erläuterungen zur Notwendigkeit und zur Höhe der Verpflichtungsermächtigungen	41
4.3 Investitionsförderungsmaßnahmen	22	4. Ausgaben zur Erfüllung von Verträgen, die den Kreis über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlungen verpflichten	41
5. Deckungsmittel des Vermögenshaushaltes	23	5. Übersicht der Deckungskreise	42
6. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	24		
7. Übersicht über den Stand der Schulden	25		
7.1 Übersicht über den Stand der Schulden in den letzten drei abgeschlossenen Haushaltsjahren	26		
7.2 Vermögensübersicht	27		
8. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen	28		
9. Entwicklung der Steuereinnahmen, der Finanzzuweisungen sowie der Umlagen	29		
10. Entwicklung der Kassenlage im Vorjahr	29		
11. Wesentliche Abweichungen des Haushaltsplanes vom Finanzplan	30		
12. Nachweis der dauernden Leistungsfähigkeit	34		
13. Übersicht über die Bürgschaften	36		
14. Übersicht über die Zuschüsse/ Zuwendungen für den ÖPNV	36		

## **A**            **Vorbericht gem. § 3 GemHV**

### **1.**            **Allgemeine Ausführungen**

Mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 ergeben sich Änderungen in der Bezeichnung von Unterabschnitten für die Förderschulen die lt. dem Brandenburgischen Schulgesetz neu festgelegt wurden. Diese sind in nachfolgender Übersicht ersichtlich. Aufgrund einer begrenzten Zeichenanzahl im Feld der Unterabschnittsbezeichnung auf den einzelnen Seiten im Haushaltsplan kann die komplette Betitelung nicht im Haushaltsplanprogramm eingegeben werden.

<b><u>Unterabschnitt</u></b>	<b><u>bisherige Bezeichnung</u></b>	<b><u>neue Bezeichnung</u></b>
27120	Allgemeine Förderschule Mahlow	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ Mahlow
27140	Allgemeine Förderschule Ludwigsfelde	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ Ludwigsfelde
27150	Allgemeine Förderschule Luckenwalde	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ Luckenwalde
27160	Allgemeine Förderschule Jüterbog	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“ Jüterbog
27400	Förderschule für geistig Behinderte Groß Schulzendorf	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ Groß Schulzendorf
27410	Förderschule für geistig Behinderte für den südlichen Bereich TF	Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ für den südlichen Bereich TF

Zur Vereinfachung der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel erfolgt im Haushaltsplan 2008 die Zusammenfassung der Kreisbildstelle (UA 29510) und der Kreisbibliothek (UA 35200) zu einem Unterabschnitt 35200 mit der neuen Bezeichnung - **Kreismedienzentrum**.

## 2. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

### 2. 1 Gesamtvolumen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes

Bezeichnung	Ansatz 2008 €	Ansatz 2007 €	Ergebnis 2006 €
Verwaltungshaushalt			
Einnahmen	163.819.700	157.113.100	156.534.387,63
Ausgaben	173.638.800	178.771.800	166.353.405,88
Vermögenshaushalt			
Einnahmen	16.926.200	20.340.400	16.084.812,97
Ausgaben	16.926.200	20.340.400	16.084.812,97
Gesamthaushalt			
Einnahmen	180.745.900	177.453.500	172.619.200,60
Ausgaben	190.565.000	199.112.200	182.438.218,85
Steigerung (+) bzw. Verringerung (-) des Ausgabevolumens gegenüber dem Vorjahr	<u>v.H.</u>	<u>v.H.</u>	<u>v.H.</u>
a) Verwaltungshaushalt	- 2,9	+ 7,5	-
b) Vermögenshaushalt	- 16,8	+ 26,5	-
c) Gesamthaushalt	- 4,3	+ 9,1	-



Die **Ausgaben des Verwaltungshaushaltes 2008** verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 5.133.000 € (= 97,1 v. H.). Die sinkenden Ausgaben zeigen sich schwerpunktmäßig im Einzelplan 9. Die Veranschlagung des Fehlbetrages aus der Jahresrechnung 2006 in Höhe von 9.819.100 € ist gegenüber des Fehlbetrages aus der Jahresrechnung 2005 um 4.464.200 € niedriger.

In den Einzelplänen 0 bis 7 ist ein genereller Rückgang erkennbar. Die Ursachen resultieren aus dem Rückgang an Personalausgaben, die sich in den einzelnen Unterabschnitten darstellen.

Die Personalausgaben 2007 in Höhe von 37.467.500 € sind in 2008 mit 35.933.200 € veranschlagt. Hier entsteht eine Einsparung von 1.534.300 €.

Im Einzelplan 4 ist erstmals erreicht worden, dass sich die Ausgaben relativ konstant halten.

Im Einzelplan 8 erhöhen sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 1.777.500 €

Diese Veränderung ist einnahme- und ausgabeseitig im UA 82000 – Verkehrsunternehmen veranschlagt und ergibt sich durch Zuweisungen vom Land für Mittel des Schülerverkehrs gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz (PBefG), die erstmals vom Land mit den finanziellen Mitteln für den übrigen ÖPVN ausgereicht werden.

Neben geringfügigen Abweichungen in den Einzelplänen werden die Veränderungen der Ausgaben auf den nachfolgenden Seiten und in den Haushaltsstellen erläutert.

Bei den **Einnahmen des Verwaltungshaushaltes** ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 6.706.600 € (= 104,3 v. H.) zu verzeichnen.

Die Veränderungen bei den Einnahmen werden im Einzelplan 8 und im Einzelplan 9 deutlich. Durch Änderung der Zuweisungen vom Land werden für den Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG, die finanziellen Mittel in den Zuweisungen für den Personenverkehr einfließen. Die Zahlung erfolgt quartalsweise. Im Punkt Ausgaben des Verwaltungshaushaltes wurde bereits darauf hingewiesen. Die Zuweisungen für den übrigen ÖPNV verringern sich um 109.500 €

Die Auswirkungen sind in nachfolgender Tabelle dargestellt.

Haushaltsstelle	Bezeichnung/Vermerk	Ansatz 2007 €	Ansatz 2008 €
82000.17100	Zuweisungen vom Land für den übrigen ÖPNV E1 Zweckbindung davon 2.218.166 € gem. § 45a PbefG Mittel für Schülerverkehr	1.861.400	3.970.000

Für das Haushaltsjahr 2008 erhöht sich die Schlüsselzuweisung um 3.051.400 €

Analog dem Vorjahr enthält die Schlüsselzuweisung einen Betrag von 17.301.234 € nach § 4 Abs. 2 Bbg FAG.

Die absolute Einnahme aus der Kreisumlage konnte durch höhere Umlagegrundlagen mit 58.408.500 € eingeplant werden. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich ein Anstieg von 6.005.700 €

Bei den Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen im Einzelplan 9 Gruppierung 09300 ist ein starker Rückgang zu verzeichnen. Die im Jahr 2006 angedachte Zahlung für die Folgejahre ist nicht realisierbar.

Eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ist nicht eingeplant.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushaltes werden durch die veranschlagten Einnahmen nicht gedeckt.

Der Verwaltungshaushalt ist unausgeglichen und weist einen Fehlbedarf in Höhe von 9.819.100 € aus. Bei dem ausgewiesenen Fehlbedarf von 9.819.100 € handelt es sich um den Fehlbetrag aus der Jahresrechnung 2006. Im Haushalt 2008 gibt es kein strukturelles Defizit.

Die Ausgaben des **Vermögenshaushaltes** verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 3.414.200 € (= 83,2 v. H.). Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushaltes umfasst u. a. Fördermaßnahmen für die Umsetzung des Investitionsprogrammes „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsbetrieb), Fördermaßnahmen der Netzergänzung Flaeming-Skate, dem Radwegekonzept und dem Straßenbau sowie Fördermaßnahmen für Investitionen übriger ÖPNV.

Im Einzelplan 9 haben sich die Einnahmen für investive Schlüsselzuweisungen geringfügig verändert.  
Maßnahmen 2008, die durch das Land gefördert werden:

Beispiele:

- Umsetzung Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“
- Netzergänzung Flaeming-Skate
- Radwegekonzept
- Ausbau Kreisstraßen/Brücken
- Investition übriger ÖPNV

Der weitere Ausbau der B 101 wird im Jahr 2008 teilweise aus der Rücklage des Haushaltsjahres 2007 finanziert. Dafür werden 5.157.500 € bereitgestellt. Für die weitere Realisierung der Baumaßnahme entfällt somit eine Kreditaufnahme.

Nachfolgend wird ein Überblick über die wichtigsten Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes gegeben.

## 2.2 Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

Nr.	Gruppierungs-Nr.	Bezeichnung der Einnahme	Haushalts-	Haushalts-	Rechnungs-	Veränder gegenüber dem	
			ansatz 2008/€	ansatz 2007/€	ergebnis 2006/€	Vorjahr 2008/v.H.	2007/v.H.
1	04	Schlüsselzuweisungen	43.737.400	40.686.000	14.670.406,00	+ 7,5	+ 177,3
2	06	Sonst. allg. Zuweisungen (Schullastenausgleich)	7.489.800	7.450.000	9.826.377,00	+ 0,5	- 24,2
3	07	Allgemeine Umlagen	58.408.500	52.402.800	59.921.465,65	+ 11,5	- 12,5
4	092	Leistungen d. Landes aus der Umsetzg. des Vierten Gesetzes	921.400	650.000	1.115.581,00	+ 41,8	- 41,7
5	093	Leistungen d. Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten	10.000.000	13.230.000	13.191.622,00	- 24,4	+ 0,3
6	10-12	Gebühren u. ähnliche Entgelte	5.805.800	6.015.800	5.678.299,86	- 3,5	+ 5,9
7	13-15	Erlöse, Mieten und sonst. Ver- walt.- und Betriebseinnahmen	1.118.900	1.589.600	1.465.977,20	- 29,6	+ 8,4
8	16	Erstattung von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	7.103.400	8.215.500	22.852.723,12	- 13,5	- 64,1
9	17	Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	14.049.600	11.930.100	11.313.979,64	+ 17,8	+ 5,4
10	19	Aufgabenbezogene Leistungs- beteiligungen	9.623.600	9.175.800	8.562.676,67	+ 4,9	+ 7,2
11	20	Zinseinnahmen	85.100	20.100	25.629,62	+ 323,4	- 21,6
12	24-25	Ersatz von sozialen Leistungen	4.478.100	4.258.300	5.130.352,29	+ 5,2	- 17,0
13	26	Weitere Finanzeinnahmen (Buß- und Zwangsgelder)	998.100	1.035.300	790.374,03	- 3,6	+ 31,0
14	28	Zuführung vom Vermögens- haushalt	0	453.800	1.988.923,55	- 100,0	- 77,2
		zusammen	163.819.700	157.113.100	156.534.387,63	+ 4,3	+ 0,4
		Anteil an Haushalts-/Rechnungs- soll des Verwaltungshaushaltes	100,0 v. H.	100,0 v. H.	100,0 v. H.		

Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz (Bbg FAG) 2004, zuletzt geändert durch das Gesetz zur Ausführung des SGB XII und zur Änderung des Bbg FAG vom 06.12.2006 hat für 2008 weiter Bestandskraft.

Die **Schlüsselzuweisungen** sind gegenüber dem Vorjahr um 3.051.400 € höher veranschlagt. Darin enthalten sind 17.301.234 € Schlüsselzuweisungen nach § 4 Abs. 3 Bbg. FAG.

Die allgemeine Schlüsselzuweisungen sind um 3.001.600 € gestiegen. Die Zuweisungen für die übertragenen Aufgaben verringern sich geringfügig im Planansatz.

Die **sonstigen allgemeinen Zuweisungen** beinhalten die Zahlung des Schullastenausgleichs durch das Land. Hier zeigt sich eine geringfügige Abweichung.

Der Hebesatz für die **Kreisumlage** wurde gegenüber den Vorjahren nicht geändert und wiederum auf 45,0 v. H. festgesetzt.

Die Umlagegrundlagen betragen 129.796.744 €. Gegenüber den Einnahmen aus der Kreisumlage 2007 ist in diesem Haushaltsjahr eine Erhöhung von 6.005.700 € im Planansatz ausgewiesen. Die im Vorjahr erwartete Verteilung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ-VertV) in Höhe von 3.880.000 € wurde vom Land nicht zur Verfügung gestellt.

Die ausgebliebene Nachzahlung 2007 führt im Planjahr 2008 zu einem Rückgang in Höhe von 3.230.000 € und stellt somit eine Mehrbelastung des Landkreises Teltow-Fläming in Umsetzung des SGB II (Kosten der Unterkunft) dar.

Bei den **Gebühren und ähnlichen Entgelten** zeigt sich ein Rückgang des Einnahmenvolumens von 210.000 €, begründet in den Verwaltungsgebühren (138.400 €) im Unterabschnitt 61300 – Untere Bauaufsichtsbehörde. Anträge für Baugenehmigungen sind weiterhin rückläufig.

Die Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sinken um 71.600 €. Die Ursachen zeigen sich im Unterabschnitt 61700 – Kataster- und Vermessungswesen bei den Gebühren für tarifliche Entgelte. Die Antragslage ist rückläufig.

Die **Erlöse aus Mieten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen** verringern sich um 470.700 € (= 70,4 v. H.) auf 1.118.900 €. Der Rückgang zeigt sich im Unterabschnitt 77100 – Kreisstraßenmeisterei. Die Kosten-Leistungsrechnung wird in diesem Bereich bis zur Einführung der Doppik und einer damit verbundenen Gesamtlösung für Kosten- und Leistungsrechnung eingestellt. Die Erlöse entfallen bis dahin.

Die **Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes** sind gegenüber dem Vorjahr mit 7.103.400 € veranschlagt, dies entspricht einem Rückgang von 1.112.100 € (= 86,5 v. H.). Die Ursachen liegen im Einzelplan 3 beim Unterabschnitt 35200 – Kreismedienzentrum begründet. Mit dem Haushaltsjahr 2008 entfallen die anteiligen Betriebskosten der Stadt Luckenwalde für die Kreisbibliothek. Weitere Änderungen zeigen sich im sozialen Bereich. Die Erstattungen des Unterabschnittes 41400 – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Lebenslagen fließen in die allgemeine Zuweisung ein. Die Einnahmen im Unterabschnitt 42100 – Grundleistungen nach § 3 ASYL BLG und im Unterabschnitt 43610 – Übergangswohnheime für Asylbewerber sind rückläufig. Hier entfallen die Erstattungen vom Land für Asylbewerber deren Aufenthalt 4 Jahre übersteigt.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke** vom Land zeigen eine Einnahmeerhöhung von 2.119.500 € gegenüber dem Vorjahr. Begründet im Unterabschnitt 82000 – Verkehrsunternehmen durch höhere Landeszuweisungen. Im Planjahr 2008 werden die Mittel für Schülerverkehr gem. § 45a PBefG erstmals über den Landkreis ausgereicht. Analog wurde dies ausgabeseitig berücksichtigt.

Bei den **Zinseinnahmen** ist eine Erhöhung von 65.000 € gegenüber dem Vorjahr veranschlagt. Für einen Kredit der SWFG endete die Zinsbindung. Ein neuer Vertrag wurde mit einem EUR-Zinsswap abgeschlossen, daraus werden 40.000 € Zinseinnahmen realisiert.

Das Aufkommen an **Buß- und Zwangsgeldern** reduziert sich zum Vorjahr um 37.200 € (= 96,4 v. H.). Die Mindereinnahmen ergeben sich aus den Erfahrungen der Vorjahre im Unterabschnitt 11100 – Untere Straßenverkehrsbehörde. Diese fanden im Haushaltsplan 2008 Berücksichtigung.

Eine Zuführung vom Vermögenshaushalt ist für das Haushaltsjahr 2008 nicht eingeplant.

## 2.3 Ausgewählte Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

Die wesentlichen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes haben sich wie folgt entwickelt

Nr.	Gruppierungs-Nr.	Bezeichnung der Einnahme	Haushalts-ansatz 2008/€	Haushalts-ansatz 2007/€	Rechnungs-ergebnis 2006/€	Veränder. gegenüber dem Vorjahr	
						2008/v.H.	2007/v.H.
1	4	Personalausgaben	36.171.700	37.732.000	36.739.620,60	- 4,1	+ 2,7
2	40	Aufwand f. ehrenamtl. Tätigkeit	243.000	243.000	230.267,34	0,0	+ 5,5
3	5	Betriebsausgaben	7.280.000	7.698.200	7.075.680,89	- 5,4	+ 8,8
4	57-638	Weitere Verw.- u. Betriebsausgaben	952.400	2.216.100	975.490,40	- 57,0	+ 127,2
5	639	Schülerbeförderung	3.719.800	3.875.300	3.352.207,10	- 4,0	+ 15,6
6	64,65,66	Geschäftsausgaben	2.339.900	2.406.300	2.117.734,24	- 2,8	+ 13,6
7	67	Erstattungen v. Ausgaben des Vwh	5.279.500	4.571.300	4.074.537,23	+ 15,5	+ 12,2
		dar.: Jugendhilfe brutto	449.200	447.400	434.446,27	+ 0,4	+ 3,0
		(netto)	149.200	147.400	118.445,69	+ 1,2	+ 24,4
8	68	Kalkulatorische Kosten	-	-	-	-	-
9	69	Aufgabenbez. Leistungsbeteiligungen	29.500.000	29.500.000	30.500.000,00	0,0	- 3,3
10	5/6	Sächl. Verw.-u. Betriebsauf.gesamt	49.071.600	50.267.200	48.095.649,86	- 2,4	+ 4,5
11	7	Zuweisungen und Zuschüsse	72.892.900	71.078.300	64.492.986,11	+ 2,6	+ 10,2
	71-79	dar.:Jugendhilfe,Jugendfürsorge					
		Jugendpflege brutto	33.060.400	30.867.700	28.815.327,19	+ 7,1	+ 7,1
		(netto)	22.419.000	20.243.700	19.192.772,26	+ 10,7	+ 5,5
12	71	Zuweisung an GKD-Zweckverband	86.000	86.000	339.980,01	0,0	- 74,7
13	80	Zinsen f. Darlehen u. Kassenkredite	3.653.300	3.611.700	1.629.505,16	+ 1,2	+ 121,6
14	84	Sonstige Finanzausgaben	300	400	2.029,82	- 25,0	- 80,3
15	86	Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.786.900	1.555.900	3.272.644,78	+ 14,8	- 52,5
16	89	Deckung von Soll-Fehlbeträgen	9.819.100	14.283.300	11.890.702,21	- 31,3	+ 20,1
		Zusammen (ohne Netto-Zahlen)	173.638.800	178.771.800	166.353.405,88	- 2,9	+ 7,5
		Anteil am Haushalts-/Rechnungssoll des Verwaltungshaushaltes	100 v.H.	100 v.H.	100 v.H.		

Die Gesamtsumme der Personalkosten beträgt für **2008** 35.933.200 €. Somit liegen die Gesamtpersonalkosten nach dem Haushaltssicherungskonzept mit einem Betrag von 1.082.800 € unter dem für 2008 festgeschriebenen Betrag. Enthalten ist die Anpassung an das West-Gehalt für die Beschäftigten ab 01.01.2008 für die ehemaligen VergGr X-Vb/ jetzt Entgeltgr. 2 – 9 = 100% sowie die Anpassung an das West-Gehalt für Beamte der Besoldungsgruppen A1 - A9 auf 100 %. Der Rückgang der Personalkosten liegt darin begründet, dass 2008 eine Vielzahl von Mitarbeitern die Altersteilzeit beendet und frei gewordene Stellen nicht wieder besetzt werden.

Um die **Personalausgaben** gegenüber dem Haushaltsjahr 2007 vergleichen zu können, ist eine Bereinigung der Gesamtansätze notwendig. Anteilige Personalausgaben werden für das Kataster- und Vermessungswesen, Arbeitsgemeinschaft Hartz IV, die Untere Wasserbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Kreisvolkshochschule, Allgemeine Gesundheitsverwaltung, Orts- und Regionalplanung und eine Planstelle in der Allgemeinen Sozialverwaltung durch Zuweisungen vom Land erstattet. Ebenso leistet der Bund Erstattungen für Zivildienstleistende. Die BfA zahlt Personalkostenzuschüsse für Altersteilzeit. Ferner werden Ausbildungskosten für einen schwerbehinderten Auszubildenden erstattet. Bereinigt man die Gesamtansätze ergibt sich folgendes Bild:

	Ansatz 2008 €	Ansatz 2007 €		Abweichung €		v.H.
Haushaltsansatz insgesamt	35.933.200	37.467.500	./.	1.534.300	./.	4,1
./. Erstattung für Altersteilzeit (UA 02200)	70.000	70.000		0		0,0
./. Erstattung für Azubi (UA 02220)	2.000	4.800	./.	2.800	./.	58,3
./. ZIVI (UA 02230)	25.000	25.000		0		0,0
./. Kreisvolkshochschule (UA 35000)	81.600	78.900	+	2.700	+	3,4
./. Naturschutz (UA 36000)	39.900	39.900		0		0
./. Sozialamt (UA 40000)	3.700	2.800	+	900	+	32,1
./. Jugendamt (UA 40700)	0	20.200	./.	20.200		
./. Verwaltung der Grundsicherung f. Arbeitssuchende (UA 40500)	1.470.900	1.527.900	./.	57.000	./.	3,7
./. Gesundheitsamt (UA 50000)	24.000	22.000	+	2.000	+	9,1
./. Untere Wasserbehörde (UA 60400)	184.400	184.400		0		0
./. Planungsamt (UA 61000)	20.000	20.300	./.	300	./.	1,5
./. Kataster- und Vermessungsamt (UA 61700)	1.988.100	2.030.500	./.	42.400	./.	2,1
	32.023.600	33.440.800	./.	1.417.200	./.	4,2



Der **Anteil an Ausgaben für ehrenamtliche Tätigkeit** hält sich im gleichen Rahmen wie im Haushaltsjahr 2007.

Der Nachweis der Kosten für den **sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand** und für **Geschäftsausgaben** erfolgt entsprechend den Vorjahren über Deckungskreise.

Die veranschlagten Ausgaben in den Gruppierungen sind im jeweiligen Unterabschnitt nachgewiesen.

Die Gesamtausgaben sind in der Gruppe 5/6 enthalten.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben um 1.195.600 € (= 97,6 v. H.) niedriger veranschlagt.

Die Minderausgaben resultieren aus der Anpassung an die tatsächlichen Kosten der Schulkostenbeiträge (Gemeinden) im Unterabschnitt 20000 – Allgemeine Schulverwaltung, aus der sinkenden Zahl von Fahrschülern - Unterabschnitt 29000 - Schülerbeförderung sowie im Unterabschnitt 65000 – Kreisstraßen für die Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege.

Bei den **Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushaltes** ist ein Anstieg der Ausgaben zu verzeichnen. Begründet durch die neue Zuordnung des Kommunalen Finanzierungsanteils im Unterabschnitt 40500 – Arbeitsgemeinschaft Hartz IV.

Nach Festlegung des Ministeriums des Innern sind diese Kosten einheitlich in der Gruppierung 674 und nicht wie zuvor in der Gruppierung 570 zu veranschlagen.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse** steigen im Vergleich zum Vorjahr um 1.814.600 € (= 102,6 v. H.) auf 72.892.900 €

Die Entwicklung in den Gruppen und Untergruppen ist sehr unterschiedlich.

In der Gruppe 71, Untergruppe 715 liegt der Schwerpunkt des Anstieges darin begründet, dass im Unterabschnitt 82000 – Verkehrsunternehmen einnahme- und ausgabeseitig zweckgebundene Mittel für den Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG veranschlagt sind. Im Unterabschnitt 87000 – Sonstige wirtschaftliche Unternehmen verringern sich die Zuschüsse an die Gesellschaften.

In den Untergruppen 712 und 718 liegen die Ursachen bei den steigenden Ausgaben im Unterabschnitt 46400 – Tageseinrichtungen für Kinder. Die sozialen Leistungen in der Gruppe 73 – 74 sind u. a. in den Unterabschnitten 41210 – Ärztliche Behandlung, Körperersatzteile, Hilfsmittel, 41300 – Hilfe zur Gesundheit, 41410 – Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und 42100 – Grundleistungen nach § 3 ASYL BLG rückgängig.

Die Ausgaben steigen im Bereich der Jugendhilfe im Unterabschnitt 45500 – Hilfe zur Erziehung, Gruppe 77 durch höhere Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Zinsen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig. Die Zinsausgaben für den Kassenkredit bleiben konstant, wobei sich die durchschnittliche Inanspruchnahme verringert, jedoch der Zinssatz steigt. Zum Anfang 2007 lag dieser bei 3,75 v. H. und ist bis zum Oktober 2007 auf 4,75 v. H. (Durchschnitt) gestiegen. Laut Aussage von Banken ist mit weiteren Anhebungen zu rechnen.

Die Zuführung an den Vermögenshaushalt ist mit 1.786.900 € veranschlagt. Dieser Betrag unterteilt sich in 701.200 € für Tilgungsleistungen von Krediten, 7.700 € für Kreditbeschaffungskosten und 1.078.000 € für den Tilgungsanteil der Leasingrate Kreishaus.

### **3. Entwicklung der Zuführungen zum Vermögenshaushalt**

Gemäß § 21 der GemHV sind im Verwaltungshaushalt zur Deckung der Ausgaben nicht benötigte Mittel dem Vermögenshaushalt als Deckungsmittel zuzuführen.

Diese Zuführung muss mindestens so hoch sein, dass damit die Kreditbeschaffungskosten und die ordentliche Tilgung von Krediten gedeckt werden können. Die Zuführung soll ferner die Ansammlung der erforderlichen Rücklagen ermöglichen.

Durch die seit dem Haushaltsjahr 2003 angespannte Finanzlage des Landkreises kann dem nicht entsprochen werden.

Für das Haushaltsjahr 2008 wurde die Pflichtzuführung mit einem Betrag von 1.786.900 € veranschlagt.

Aus dem Finanzplan ist diese Entwicklung für die Jahre 2009 – 2011 zu entnehmen.

#### 4. Überblick über die Zusammensetzung des Vermögenshaushaltes

Bei den im Vermögenshaushalt veranschlagten Ausgaben ergibt sich folgendes Bild:

1.	Eigene Investitionen	13.765.800 €
2.	Investitionen in sonstigen Bereichen	150.000 €
3.	Investitionsförderungsmaßnahmen	2.260.700 €
4.	Inanspruchnahme Gewährleistungen	0 €
5.	Ordentl. Tilgung u. Kreditbeschaffungskosten	708.900 €
6.	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	0 €
7.	Zuführung an die Rücklage	40.800 €
		<hr/>
	insgesamt	16.926.200 €
		=====

Die **eigenen Investitionen** werden finanziert durch

die investive Schlüsselzuweisung in Höhe von	6.897.100 €
Verkauf von Sachen des Anlagevermögens	633.200 €
Zuführung vom Verwaltungshaushalt (UA 02000)	1.078.000 €
Entnahme aus Rücklagen	5.157.500 €
Kredite	<u>0 €</u>
	<u>13.765.800 €</u>

**4.1.** Die in 2008 veranschlagten **eigenen Investitionen** setzen sich wie folgt zusammen:

<b>a) Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens</b>	<b>1.230.200 €</b>
<b>b) Leasingkosten Kreishaus</b>	<b>1.078.000 €</b>
<b>c) Erwerb von Grundvermögen</b>	<b>120.000 €</b>
<b>d) Hochbauten</b>	
- Baumaßnahmen kreiseigene Liegenschaften	120.000 €
- Baumaßnahme Schulen	980.000 €
<b>Zwischensumme</b>	<b>1.100.000 €</b>
<b>e) Erschließungskosten</b>	<b>50.000 €</b>
<b>f) Um- und Ausbau der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Eigenmittelanteil)</b>	<b>7.831.800 €</b>

**g) Planungskosten**

Straßenbau	25.000 €
- Netzergänzung Flaeming-Skate	1.702.600 €
- Entwicklungskonzepte	20.000 €
- Radwegekonzept	381.700 €
- Rad- und Skateweg	176.500 €
	<hr/>
<b>Zwischensumme</b>	<b>2.305.800 €</b>

**h) Denkmalpflege**

	<b>50.000 €</b>
<b>Summe eigene Investitionen</b>	<b><u>13.765.800 €</u></b>

**4.2** Die Investitionen in sonstigen Bereichen ergeben sich folgendermaßen:

- Gefahrenabwehr	150.000 €
------------------	-----------

**4.3** Folgende **Investitionsförderungsmaßnahmen** sind 2008 vorgesehen:

- Projekt Ganztagsbetrieb Gymnasien	606.000 €
- Ausstattungsgegenstände Landwirtschaftsschule	1.000 €
- Netzergänzung Flaeming-Skate	197.400 €
- Radwegekonzept	281.300 €

- Ausstattungsgegenstände Kataster- und Vermessungswesen	34.500 €
- Ausbau von Kreisstraßen, Radwegen und Brücken	928.500 €
- Ausstattung Untere Abfallwirtschaftsbehörde	12.000 €
- Investitionen übriger ÖPNV	200.000 €
<b>Summe Investitionsförderungsmaßnahmen</b>	<b><u>2.260.700 €</u></b>

**5. Die Deckungsmittel des Vermögenshaushaltes setzen sich wie folgt zusammen:**

- Zuführung vom Verwaltungshaushalt	1.786.900 €
- Einnahmen aus Verkauf von sonstigen Sachen des Anlagevermögens	674.000 €
- Investitionszuweisungen vom Land	2.260.700 €
- Zuweisungen von übrigen Bereichen	150.000 €
- investive Schlüsselzuweisungen	6.897.100 €
- Inanspruchnahme Gewährleistungen	0 €
- Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	<u>5.157.500 €</u>
<b>insgesamt</b>	<b><u>16.926.200 €</u></b>

## 6. Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in 1000 € -			
	2008	2009	2010	2011
1	2	3	4	5
2008	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen (ohne Umschuldungs- kredite)	0	6.100	0	0

Mit dem Haushaltsplan 2008 ist es nicht erforderlich, für vorgesehene Baumaßnahmen neue Verpflichtungsermächtigungen einzugehen.

Bei der vorgesehenen Kreditaufnahme 2009 handelt es sich um einen Kommunalkredit für den Ausbau der B 101.



## 7. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (ohne Kassenkredite)

- in 1000 €-

	Art	Stand zu Beginn des Vorjahres	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres
1.	Schulden aus Krediten von	-	-
	1.1. Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	-	-
	1.2. Land	2.134,5	1.674,3
	1.3. Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-
	1.4. Zweckverbänden und dgl.	-	-
	1.5. sonstigem öffentlichen Bereich	-	-
	1.6. Kreditmarkt	21.083,4	20.830,0
	1.9. Summe 1	23.217,9	22.504,3
2.	Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen		
	2.1. Leasingkosten Kreishaus	38.864,8	35.361,1
	2.2. Sonstige	56,3	52,4
3.	Innere Darlehen		
	3.1. aus Sonderrücklagen	-	-
	3.2. von Sondervermögen ohne Sonderrechnung	-	-
4.	Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung		
	4.1. aus Krediten	-	-
	4.2. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen		

**7.1 Übersicht über den Stand der Schulden in den letzten drei abgeschlossenen Haushaltsjahren**  
 - in 1.000 € -

	Stand zu Beginn 2004	Stand zu Beginn 2005	Stand zu Beginn 2006
1. Schulden aus Krediten von			
1. Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	-	-	-
1.2. Land	4.315,2	3.588,3	2.861,4
1.3. Gemeinden und Gemeindeverbänden	-	-	-
1.4. Zweckverbänden und dgl.	-	-	-
1.5. sonstigem öffentlichen Bereich	-	-	-
1.6. Kreditmarkt	11.282,4	12.993,8	16.822,7
1.9. Summe 1	15.597,6	16.582,1	19.684,1
2. Schulden aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleich kommen			
nachrichtlich	-	-	-
2.1. Leasingrate (Kreishaus)	57.774,7	55.758,8	53.566,5
3. Innere Darlehen	-	-	-
4. Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechn.	-	-	-
5. Betrag valuiert	(-726,9)	(-726,9)	(-726,9)

## 7.2 Anlage zum Haushaltsplan 2008

### Vermögensübersicht - in 1000 Euro -

Aufgabenbereich Vermögensart 1	Stand zu Beginn 2004 2	Stand zu Beginn 2005 3	Stand zu Beginn 2006 4
1. Forderungen des Anlagevermögens			
1.1. Beteiligungen	4.682,4	4.682,4	4.700,7
Wertpapiere, die der Landkreis zum Zwecke der Beteiligung erworben hat	-	-	-
1.2. Forderungen aus Darlehen	-	-	-
2. Geldanlagen	-	-	-
2.1. Wertpapiere	0	0	0

**8. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen**

- in 1.000 Euro -

Art	Stand des Vorjahres	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres
1. Allgemeine Rücklage	268,7	5.157,5
2. Sonderrücklage		
2.1	-	-
2.2	-	-
2.3	-	-
2.9. Summe 2		

Nachrichtlich:

Ausgaben des Verwaltungshaushaltes der letzten 3 Jahre

2004	137.933 €
2005	182.333 €
2006	197.401 €

Durchschnitt der letzten 3 Jahre	172.556 €
hiervon 2 %	3.451 €

## 9. Entwicklung der Steuereinnahmen, der Finanzaufweisungen sowie der Umlagen

- Euro -

	Haushaltsansatz 2008	Haushaltsansatz 2007	Rechnungsergebnis 2006
Andere Steuern, u. steuerähnliche Einnahmen	0	0	0
Allg. Zuweisungen (Schlüsselzuweisung; Zuweisg.übertrag. Aufg.)	49.527.200	46.336.000	22.686.897
Schullastenausgleich	1.700.000	1.800.000	1.809.886
Kreisumlage	58.408.500	52.402.800	59.921.466
Leistungen d. Landes aus d. Umsetzung d. Vierten Gesetzes	10.921.400	13.880.000	14.307.203
Allgemeine Deckungsmittel	120.557.100	114.418.800	98.725.452
Ausgaben	0	0	0
Überschuss Abschnitt 90	120.557.100	114.418.800	98.725.452

## 10. Entwicklung der Kassenlage im Vorjahr

Die in den Vorjahren aufgetretene drastische Verschlechterung der Kassenlage hat sich im Haushaltsjahr 2007 stabilisiert. Der im § 2 der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag der Kassenkredite von 38.000.000 € wurde nicht in voller Höhe beansprucht. Durch eine konsequente Liquiditätsplanung betrug die durchschnittliche Inanspruchnahme 21.882.948 €.

Der Höchstbetrag lag bei 30.489.300 €. Die Zinsausgaben für den Kassenkredit wurden im Haushaltsjahr 2008 analog dem Vorjahr veranschlagt, da durch steigende Zinssätze kein Rückgang der Ausgaben absehbar war.

## 11. Wesentliche Abweichungen des Haushaltsplanes vom Finanzplan

Mit der Erarbeitung des Haushaltsplanes 2008 ergeben sich gegenüber dem Finanzplan 2007 nachstehend aufgeführte Abweichungen.

Die Einnahmen und Ausgaben sind im Haushaltsplan 2008 höher veranschlagt als im Finanzplan vorgesehen und zwar

mit	6.846 T€	Einnahmen im Verwaltungshaushalt
mit	318 T€	Ausgaben im Verwaltungshaushalt.

Im Vermögenshaushalt sind die Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsplan 2008 niedriger als im Finanzplan vorgesehen, und zwar

mit 2.634 T€

Die **Einnahmen des Verwaltungshaushaltes** ergeben folgende Veränderungen:

Gruppe	0			+ 4.527 T€
davon		Schlüsselzuweisungen	+ 2.837 T€	
		Allgemeine Zuweisungen	+ 40 T€	
		Kreisumlage	+ 4.609 T€	
		Leistungen d. Landes aus d. Umsetzung d. Vierten Gesetzes	- 2.959 T€	

Gruppe	1	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb		+ 1.968 T€
davon		Gebühren und ähnliche Entgelte	- 133 T€	
		Erlöse, Mieten u. sonst. Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	- 420 T€	
		Erstattungen v. Ausgaben des Verwaltungshaushaltes	- 1.000 T€	
		davon vom Bund	0 T€	
		vom Land	- 931 T€	
		von Gemeinden	- 46 T€	
		von übrigen Bereichen	- 23 T€	
		Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	+ 2.757 T€	
		davon vom Bund	0 T€	
		vom Land	+ 2.757 T€	
		von Gemeinden	+ 0 T€	
		von übrigen Bereichen	+ 0 T€	
		Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	+ 764 T€	
		davon Leistungsbeteiligung b.		
		Unterkunft u. Heizung	+ 764 T€	
Gruppe	2	Sonstige Finanzeinnahmen		+ 351 T€
davon		Zinseinnahmen	+ 65 T€	
		Ersatz von Sozialhilfeleistungen	+ 323 T€	
		Weitere Finanzeinnahmen	- 37 T€	
		Zuführung vom Vermögenshaushalt	0 T€	

Die **Ausgaben des Verwaltungshaushaltes** ergeben folgende Veränderungen:

Gruppe	4	Personalausgaben		- 861 T€
Gruppe	5-6	Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand		- 375 T€
		dar. Erstattungen von Ausgaben des Vwh. (Gr. 67)	+ 700 T€	
		Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Gr. 69)	+ 1.000 T€	

Gruppe	7	Zuweisungen und Zuschüsse (nicht f. Investitionen)		+ 1.435 T€
davon		Leistungen der Sozialhilfe und ähnliches	- 647 T€	
		Zuschüsse f. lfd. Zwecke an soziale u. ähnl. Einrichtungen	+2.446 T€	
		sonst. soziale Leistungen u. Grundsicherungsgesetz	+ 300 T€	
Gruppe	8	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	- 664 T€	
		Sonstige Finanzausgaben		+ 119 T€
		dar. Zuführung zum Vermögenshaushalt	+ 44 T€	
		Deckung von Fehlbeträgen	0 T€	

In den **Einnahmen des Vermögenshaushaltes** ergeben sich nachstehende Veränderungen:

- Zuführung vom Verwaltungshaushalt		+ 44 T€
- Entnahme aus Rücklagen		+ 5.158 T€
- Rückflüsse von Kapitaleinlagen		0 T€
- Einnahmen aus Verkauf von Sachen des Anlagevermögens		+ 148 T€
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen		- 1.884 T€
davon vom Bund	0 T€	
vom Land	- 1.896 T€	
von Gemeinden	0 T€	
von Zweckverbänden	+ 12 T€	
von übrigen Bereichen	0 T€	
- Einnahmen aus Krediten ohne Umschuldungen		- 6.100 T€



In den **Ausgaben des Vermögenshaushaltes** ergeben sich nachstehende Veränderungen:

- Zuführung zum Verwaltungshaushalt			0 T€
- Zuführung zur Rücklage			+ 41 T€
- Gewährleistungen			0 T€
- Vermögenserwerb			- 422 T€
davon	Erwerb von Beteiligungen		0 T€
	Grundvermögen	-	36 T€
	Bewegliche Sachen	-	386 T€
- Baumaßnahmen			- 2.107 T€
- Tilgung von Krediten			+ 4 T€
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen			- 150 T€
davon	an Gemeinden		0 T€
	an kommunale Sonderrechnungen	-	150 T€
- Kreditbeschaffungskosten (für Darlehen vom Land)			0 T€
- Deckung von Fehlbeträgen			0 T€

13. **Übersicht über die Bürgschaften**

Unternehmen	Höhe der Bürgschaft €	Schuldenstand €
Seniorenachbarschaftsheim e. V. Luckenwalde	1.278.230	52.409

14. **Übersicht über die Zuschüsse/Zuwendungen für den ÖPNV**

	2008 €	2007 €	2006 €
Landeszuweisungen	3.970.000	1.861.400	2.092.938
Subventionen des Landkreises	2.159.300	2.257.500	2.023.017

## 15. Übersicht über die Beteiligungen an Gesellschaften

Der Landkreis Teltow-Fläming ist an nachstehend aufgeführten Gesellschaften wie folgt beteiligt:

Die Beträge sind in € ausgewiesen.

Unternehmen	Höhe des Stammkapitals €	Anteil des Landkreises €	v.H.
Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG)	3.956.050	3.871.600	97,87
Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)	50.000	37.500	75,00
Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH - Besitzgesellschaft – (FGS)	2.275.249	2.264.76	99,54
Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)	217.500	87.000	40,00
Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF)	40.000	40.000	100,00
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	324.000	6.000	1,85
Teltower Kreiswerke GmbH	178.952	70.686	39,50
RENATA-Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG Stuttgart (RENATA)		10.226 Kommandit- einlage	

16. **Übersicht über die Schulen, Schülerzahlen und Personalkosten nach Unterabschnitten**

UA	Einrichtung	Schülerzahl	Personalkosten €
23000	Gymnasium Rangsdorf	616	101.800
23010	Gymnasium Ludwigsfelde	713	148.500
23020	Friedrich-Gymnasium Luckenwalde	908	109.600
23030	Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog	505	120.800
24010	Oberstufenzentrum Teltow-Fläming	2.499	413.200
	Teilzeitschüler	1.464	
	Vollzeitschüler	1.035	
27120	Allgemeine Förderschule Mahlow	114	48.900
27140	Allgemeine Förderschule Ludwigsfelde	172	77.000
27150	Allgemeine Förderschule Luckenwalde	101	52.700
27160	Allgemeine Förderschule Jüterbog	100	24.700
27400	Förderschule f. geistig Behinderte Groß Schulzendorf	51	132.900
27410	Förderschule f. geistig Behinderte für den südlichen Bereich Teltow-Fläming	<u>66</u>	<u>137.300</u>
		5.845	1.367.400

17. **Darstellung der im Haushaltsjahr geplanten Investitionen sowie ihre finanziellen Auswirkungen auf die folgenden Jahre**

Maßnahme	Gliederungs-Nr.	voraussichtliche Folgekosten		
		2008	2009	2010
Angaben in €				
K 7210 Regenwasserkanal OD Grüna	65000	0	1.000	4.000
K 7225 Radweg Dornswalde	65000	3.000	6.000	6.000
K 7220 Radweg Liebätz	65000	3.000	3.000	3.000
K 7213 Regenwasserkanal Luckenwalde- Ruhlsdorf	65000	0	4.000	4.000
K 7239 Radweg Diedersdorf-Birkholz	65000	0	2.000	3.000
Rad- und Skateweg Fröhden-Schlenzer- Wahlsdorf	61000	35.000	70.000	25.000
Schlauchwaschanlage, Trocken- und Übungsturm	13000	0	14.000	20.000
Erweiterungsbau Gymnasium Ludwigsfelde	23010	0	20.000	10.500

## **B. Erläuterungen gem. § 14 GemHV**

### **1. Erhebliche Abweichungen bei den größeren Einnahme- und Ausgabeansätzen des Verwaltungshaushaltes**

Im Vorbericht gem. § 3 GemHV (Abschnitt A) und bei zahlreichen Haushaltsstellen ist ein Teil der erheblichen Abweichungen von den Ansätzen des Vorjahres erläutert worden. Aus diesem Grund werden die Haushaltsstellen nicht mehr angesprochen.

### **2. Erläuterung neuer Maßnahmen des Vermögenshaushaltes**

Dem Vermögenshaushalt wurden die Pflichtzuführung für die Tilgung der Kredite, die Kreditbeschaffungskosten und die Höhe der Tilgung Leasingrate Kreishaus zugeführt.

Aus den investiven Schlüsselzuweisungen gem. § 13 BbgFAG werden im Haushaltsplan 2008 u. a. Sanierungsmaßnahmen kreiseigene Liegenschaften, am Gymnasium Rangsdorf, am Gymnasium Ludwigsfelde, in der Allgemeinen Förderschule Ludwigsfelde und in der Allgemeinen Förderschule Jüterbog durchgeführt.

Der Ausbau Rad- und Skatweg wird weiter geführt.

Weitere finanzielle Mittel fließen zur Instandsetzung der Flaeming-Skate und Planungsleistungen für Kreisstraßen, Brücken und Radwege in den Unterabschnitt 65000.

### **3. Erläuterungen zur Notwendigkeit und zur Höhe der Verpflichtungsermächtigungen**

Verpflichtungsermächtigungen sind Genehmigungen zum Eingehen von Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in späteren Jahren.

Neue Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht eingegangen.

### **4. Ausgaben zur Erfüllung von Verträgen, die den Kreis über ein Jahr hinaus zu erheblichen Zahlung verpflichten**

Ab 1999 ist der Kreis die Verpflichtung eingegangen, eine jährliche Leasingrate für das neue Kreishaus zu zahlen.

Diese Verpflichtung besteht bis zum Jahr 2021. Die jährlichen Zahlungsverpflichtungen sind nunmehr nach Zins- und Tilgungsleistungen getrennt durch den Leasinggeber dargestellt und sind gemäß VV zu GemHV Bbg im Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt zu veranschlagen.

Dabei wurde die gesamte Zahlungsverpflichtung überarbeitet und mit dem 01.01.2007 korrigiert.

## **Gesamtplan**

1. Zusammenfassung der Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen
  2. Haushaltsquerschnitt \*)
  3. Gruppierungsübersicht
  4. Finanzierungsübersicht
- \*) Im Haushaltsquerschnitt sind nachgewiesen unter Gruppierungsnummer:

### **Verwaltungshaushalt**

#### **Einnahmen**

00-07,09	Steuern und allgem. Zuweisungen
10-17,19	Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb
20-28	Sonstige Finanzeinnahmen

#### **Ausgaben**

40-46	Personalausgaben
47,85	Deckungsreserve
50-69,84	Sächl. Verwaltungs- u. Betriebsaufwand, weitere Finanzausgaben
71-79	Zuweisungen und Zuschüsse
80-84,86,89	Sonstige Finanzausgaben

### **Vermögenshaushalt**

#### **Einnahmen**

32-36	Objekt bezogene Einnahmen
30,31,36,37	Sonstige Einnahmen

#### **Ausgaben**

94-96	Baumaßnahmen
90,91,92,93, 97-99	Sonstige Investitionsausgaben



## **Investitionsprogramm des Landkreises Teltow-Fläming für die Haushaltsjahre 2007 – 2011**

Gemäß § 83 Abs. 3 GO Bbg in Verbindung mit § 23 Abs. 2 GemHV ist der Finanzplanung ein Investitionsprogramm zugrunde zu legen.

Hierin sind die im Planungszeitraum vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Jahresabschnitten aufzunehmen. Jeder Jahresabschnitt soll die fortzuführenden und neuen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen mit den auf das betreffende Jahr entfallenden Teilbeträgen wiedergeben.

Das Investitionsprogramm ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuschreiben.

Die Reihenfolge der Maßnahmen ist der Gliederung des Haushaltsplanes angepasst; sie stellt keine Rangfolge dar.

Entwurf aufgestellt  
am 05.12.2007

Kämmerin

Entwurf festgestellt  
am 05.12.2007

Landrat